2010/44 Thema

https://www.jungle.world/artikel/2010/44/man-muss-die-konkurrenz-der-neonazis-staerken-die-gegenseite

Klaus Farin im Gespräch über rechte und linke Jugendkultur

»Man muss die Konkurrenz der Neonazis stärken, die Gegenseite«

Von **Daniel Steinmaier**

Klaus Farin leitet das Archiv der Jugendkulturen und hat sich intensiv mit rechtsextremen Jugendkulturen beschäftigt. Die Jungle World sprach mit ihm über die Entwicklung der Neonazi-Szene, über die Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus und deren Neuausrichtung unter Familienministerin Kristina Schröder.

In einem Interview mit dieser Zeitung sagten Sie im September 2008, die rechte Jugendkultur sei im Osten nicht mehr so hegemonial wie in den neunziger Jahren. Gilt das noch?
Insgesamt stellt man fest, dass die rechtsextreme militante Jugendszene quantitativ schwächer geworden ist. Vor drei Jahren ging man noch von rund 15 000 organisierten Rechtsextremen aus, mittlerweise schätzt man deren Zahl auf 8 000 bis 12 000. Von den Autonomen Nationalisten ist häufig die Rede, aber deren Zahl gibt der Verfassungsschutz mit 800 an, die Antifa mit 1 500. Das sind relativ wenige. Über deren Gefährlichkeit sagt das nichts aus. Ich denke, dass ein Sarrazin gefährlicher ist als alle Neonazis in diesem Land. Und was die Verbreitung von rechtsextremem Denken angeht, hat sich sicherlich wenig geändert. Unter Jugendlichen gibt es viel rechtes, vor allem rassistisches Gedankengut, wie in der erwachsenen Bevölkerung ja auch. Das hat aber nichts mit organisiertem Rechtsextremismus zu tun, da geht es um Jugendliche, die sagen: »Nazis und Ausländer kann ich nicht leiden.« Möglicherweise ist das die gefährlichere Tendenz, weil das nicht als extrem wahrgenommen wird, da heißt es eher: »Das ist doch normal, so denken wir alle.« Der klassische Neonazi wird dagegen als etwas anderes wahrgenommen, da er sich selbst durch sein Auftreten stigmatisiert.
Dass die sich explizit als rechtsradikal verstehende Jugendkultur zurückgegangen ist – hat das etwas mit den Programmen gegen Rechts oder dem gesellschaftlichen Engagement gegen Nazis zu tun?
Bei gesellschaftlichem Engagement oder bei Jugendarbeit weiß man ja nie genau, wie das

wirkt. Wenn es plötzlich weniger Neonazis in einer Stadt gibt, kann es sein, dass engagierte Jugendarbeiter die andere Seite gestärkt haben, es kann aber auch daran liegen, dass die organisierten Rechtsextremen alle im Knast sitzen, weggezogen oder einfach nur noch Alkoholiker sind. Ich glaube aber schon, dass das gesellschaftliche Engagement etwas bewirkt hat, gerade im Jugendbereich. Es gibt so viele Initiativen, die etwas machen, jede Jugendkultur hat ihre Fraktion gegen Nazis: Rock gegen Rechts, HipHop gegen Rechts und so weiter.

Wie erfolgreich sind staatliche Programme?

Das ist eine zweischneidige Sache, es geht dabei ja um relativ kurzfristig angelegte Projekte. Eigentlich müssten die Projekte in langfristige Strukturförderung überführt werden. Das passiert häufig nicht, weil die Länder und Kommunen deren Weiterfinanzierung nicht übernehmen, dabei war das eigentlich das Ziel der Bundesprogramme. Aber die Länder und Kommunen sagen, sie hätten kein Geld, und so schiebt der eine Politiker die Verantwortung auf den anderen. Andererseits wurden durch die Bundesmittel viele Projekte gefördert, etwa die Opferberatungen, die hätten ohne diese Mittel gar nicht arbeiten können. Unser Archiv der Jugendkulturen wurde seit 2001 auch immer wieder gefördert. Viele Gelder sind in sinnvolle Projekte geflossen.

Am Anfang ging es oft um die »akzeptierende Jugendarbeit« mit rechten Jugendlichen, die sehr umstritten war. Was für Projekte sind Ihrer Meinung nach erfolgversprechend?

Die Programme wurden weiterentwickelt, in die Richtung, dass man die Zivilgesellschaft, also die Konkurrenz stärkt, was auch Sinn macht. Vom Aussteigerprogramm »Exit« oder von den Programmen des Verfassungsschutzes halte ich nicht sehr viel, auch wenn Aussteiger natürlich Unterstützung brauchen. Es ist auch sinnvoll, mit rechtsextremen Jugendlichen – nicht mit organisierten, erwachsenen Neonazis – zu arbeiten. Wenn die in einer Region zum normalen Einzugsgebiet eines Jugendclubs gehören, kann man das ja nicht ignorieren oder sagen, wir werfen sie raus und warten, bis Linke kommen. Deswegen ist es wichtig, Konzepte für die Arbeit mit dieser Klientel zu haben. Der entscheidende Punkt ist aber nach wie vor, Gegenkräfte zu stärken.

Kristina Schröder will Projekten, die Fördermittel erhalten, künftig eine Erklärung abverlangen, dass sie mit niemandem kooperieren, der im Verdacht steht, »extremistisch« zu sein – die »Autonome Antifa« dürfte man also nicht mehr als »Gegenkraft« fördern?

Solche »Gegenkräfte« sind nicht unbedingt links, jedenfalls nicht im klassischen Sinne, es geht um tolerante Jugendkulturen. Emos werden etwa häufig als schwul beschimpft, weil sie sich androgyn geben, und daher sprechen sich mittlerweile viele Emos gegen Homophobie aus. Sie sind nicht im klassischen Sinne links, stehen aber für eine tolerante Öffentlichkeit. Ähnliches gilt häufig für Skater-, Gothic- oder Punk-Cliquen. Wo es viele verschiedene Jugendkulturen gibt, haben es Rechte schwerer, weil es andere attraktive Milieus für Jugendliche gibt.

Und zu Kristina Schröder: Sie ist eine Überzeugungstäterin, die schon, bevor sie Ministerin wurde, kritisierte, dass sich die Programme nur gegen Rechtsextremismus wenden, und die lieber den Islamismus in den neuen Bundesländern bekämpfen wollte. Der Islamismus ist in Regionen wie in Ostdeutschland mit zwei Prozent Einwanderern, von denen nicht einmal 0,5 Prozent aus muslimischen Ländern stammen, aber nicht gerade das vorrangige Thema. Da geht es nur um Ideologie, nicht um pragmatische Politik.

Sie sammeln im Archiv auch Antifa-Publikationen. Ist die Antifa eine Jugendkultur?

Antifas sind ja häufig beleidigt, wenn ich sage: »Ihr seid eine gymnasiale Jugendkultur.« Das ist aber auch eine Jugendkultur, sie hat bestimmte jugendkulturelle Momente, bestimmte Musik, Outfits und so weiter, aber es schließt sich ja nicht aus, politisch und zugleich eine Jugendkultur zu sein. Viele Antifas meinen, der Begriff »Jugendkultur« sei verharmlosend, aber es ist ja gut, wenn die Antifa ein Teil moderner Jugendkultur ist. Wenn sie Jugendliche erreichen will, sollte sie eben auch Jugendkultur und damit irgendwie cool sein, was die Nazis ja meist nicht schaffen.
Die Antifa sieht sich aus dem, was die Bundesprogramme gegen Rechts als »Aufstand der Anständigen« kultivieren, durch Schröders Extremistenerlass zunehmend ausgegrenzt. Aber ergibt es denn Sinn zu beklagen, dass eine Jugendbewegung, die Slogans wie »Feuer und Flamme für diesen Staat« nutzt, keine staatlichen Fördermittel mehr erhält?
Die juvenilen Rentnerchöre, die es in der linken Szene noch gibt, sind nicht mehr repräsentativ für die Antifa. Wenn man in kleineren Städten ist, wo junge Leute unter schwierigen Bedingungen leben und sich engagieren, sind die dort in der Regel etwas lockerer und daher auch besser in kommunale Zusammenhänge eingebettet.
Für das Projekt »Culture on the Road« erhalten Sie Fördermittel aus dem Bundesprogramm »Vielfalt tut gut«. Würde die von Schröder geplante Direktive zur Verfassungstreue etwas an Ihrer Arbeit ändern?
Das bisherige Programm lief bereits aus, ich musste die letzten Mitarbeiter Ende Oktober entlassen, das läuft erstmal nur ehrenamtlich weiter. Wir werden versuchen, wieder Fördermittel zu bekommen, wir denken, dass der Staat die Pflicht hat, solche Projekte zu unterstützen.
Ist es einfacher, staatliche Fördermittel für die Arbeit gegen Rechts zu bekommen als für Jugendarbeit generell oder für die Forschung zu Jugendkulturen?
Wir haben zwei Themenschwerpunkte – einerseits Rechtsextremismus und zum anderen migrantische Jugendliche, denn über die weiß man fast nichts. Deshalb kippt dieses Thema in der Öffentlichkeit leicht in Rassismus um. Wir haben immer wieder versucht, Gelder zu bekommen, um hierzu grundlegend und längerfristig zu forschen – bisher vergeblich. Es ist immer schwierig, wenn man ergebnisoffen forscht und nicht die Antworten liefert, die die Politik hören will. Deshalb versuchen wir jetzt, uns mit einem Stiftungsmodell von staatlicher Förderung unabhängiger zu machen. Auch wenn wir darauf beharren, dass wir ein Recht auf Fördergelder haben.
Wirkt sich die Ideologisierung der Förderprogramme denn auf die einzelnen Projekte aus, die sich gegen Rechtsextremismus engagieren?
Man merkt schon, dass immer mehr Träger, die solche Projekte beantragen, in Förderanträgen neben Rechtsextremismus auch von Linksextremismus sprechen oder gleich nur von Extremismus. Viele Träger verhalten sich sehr opportunistisch, wenn es Gelder abzugreifen gibt, auch wenn sie wissen, dass der Extremismus-Ansatz rein ideologisch begründet ist, inhaltlich überhaupt nicht trägt und für keine sinnvolle Praxis taugt. Dass explizit linke Projekte aus der Förderung herausfallen oder nicht mehr als Kooperationspartner angefragt werden, ist zu befürchten.
Als die Bundesprogramme 2001 ins Leben gerufen wurden, haben viele, die in der Antifa-Arbeit aktiv waren, Fördergelder beantragt, diese auch erhalten und ihre Arbeit dadurch professionalisieren können. Ist dieses Bündnis aus Staat und Antifa jetzt Geschichte?
Die Regierung wollte ja damals nicht linke Politik fördern, aber sie musste auf die

vorhandenen Aktivisten zurückgreifen, die in diesem Themenfeld überhaupt gearbeitet haben, und das waren eben oft Leute aus dem linken Spektrum. Die Auswirkungen müssen allerdings nicht so gravierend sein. Projekte werden eingehen und Menschen ihre Jobs verlieren, aber auf die generelle Praxis von zivilgesellschaftlichen Initiativen und linken Gruppen wird sich die Ideologisierung der Förderprogramme nicht unbedingt auswirken.

Das Archiv der Jugendkulturen braucht dringend Spenden. Informationen im Internet unter:

© Jungle World Verlags GmbH